

Dr. Norbert Walter-Borjans
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Es gilt das gesprochene Wort

Landeshaushalt 2017

Nordrhein-Westfalen: Größer - dichter - bunter - besonders!
Besondere Herausforderungen sind besondere Chancen!

Sitzung des Landtags
am 15. September 2016

Anrede,

Der siebzigste Geburtstag unseres Landes hat etwas bewirkt, das man bei manchen gar nicht mehr für möglich gehalten hätte: den vielen Menschen in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen, die zum Landesjubiläum auf dieses "gute Fünftel Deutschlands" blickten, die Stärken des mit Abstand bevölkerungsreichsten Bundeslandes vor Augen zu führen.

"Nordrhein-Westfalen ist einfach ein starkes Stück Deutschland"

Ich will stellvertretend für viele nur zwei Stimmen zitieren.

Die Kanzlerin beim Festakt in der Tonhalle: „Nordrhein-Westfalen ist etwas Besonderes. Es ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Es verfügt über große wirtschaftliche Kraft ... Nordrhein-Westfalen“, so die Kanzlerin weiter, „ist einfach ein starkes Stück Deutschland.“ Und weiter: "Das alles ... geschieht in Nordrhein-Westfalen parallel zu einem gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungsprozess. Kaum eine andere europäische Region weiß besser, was Strukturwandel bedeutet. ... Zugleich ist jedoch viel Neues entstanden. Statt Kohle heißt der Rohstoff heute Wissen. ... Dass sich Anstrengungen auszahlen, zeigen die vergangenen Jahrzehnte. ... Nordrhein-Westfalen ist lebens- und liebenswert.“

Und Norbert Blüm hat das in der Feierstunde der CDU NRW am 6. September unterstrichen, als er sagte: "Wenn der Himmel einst eine Exkursion auf die Erde plant, werde ich mich als Fremdenführer anbieten und die Leute nach NRW führen."

Nordrhein-Westfalen ist größer, dichter, bunter - mit allen Chancen und allen Herausforderungen

Nordrhein-Westfalen - das ist in diesen Tagen wieder einmal deutlich geworden - ist mit 17,5 Millionen Einwohner nicht nur um vieles größer als die meisten anderen Bundesländer (die kleinere Hälfte der Bundesländer hat 3 Mio. Einwohner weniger als NRW).

NRW ist auch dichter, bunter, eben anders als andere. In NRW haben 13 Städte mehr als eine Viertelmillion Einwohner, in Bayern sind es ebenso wie in Baden-Württemberg gerade mal drei.

Die Menschen fühlen sich wohl in dieser einzigartigen Mischung aus Stadt- und Landregionen. Auch darauf hat die Kanzlerin hingewiesen. Ich kenne nur wenige, die ihr Nordrhein-Westfalen als alte oder neue Heimat gegen ein anderes Land tauschen möchten.

Ich stelle diese Anmerkungen an den Anfang meiner Einbringungsrede zum Haushalt 2017, weil ich die Zahlenvergleiche leid bin, die das Besondere unseres Landes unbewusst oder auch wissentlich ignorieren und ins Negative wenden. Um die Regierung schlecht dastehen zu lassen, nimmt man in Kauf, das Land schlecht darzustellen.

Der übliche Vergleich Nordrhein-Westfalens mit den westdeutschen Flächenländern soll wie eine aussagefähige objektive Einordnung klingen, ist er aber nicht. In welchem anderen dieser Flächenländer lebt über ein Drittel der Menschen quasi in einem riesigen Stadtstaat mit den ganz spezifischen Herausforderungen großer Ballungsräume – noch dazu mit einem lange noch nicht abgeschlossenen wirtschaftlichen und in der Folge sozialen Umbruch?

Ja, Größe, Dichte, pulsierende Wirtschaft, Berufspendler erzeugen bei uns mehr Staus als in Schleswig-Holstein oder im Saarland oder Thüringen. Zu den Folgen dieser Ballung gehört aber auch eine weitaus dichtere Hochschul- und Kulturlandschaft, auch geprägt durch das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Medizinische Versorgung auf Spitzenniveau, Top-Konzert- und Sportereignisse bis hin zu mehr Bundesliga, im Übrigen auch eine viel bessere Internetversorgung sind weitere Pluspunkte, nach denen man in dünn besiedelten Regionen lange suchen muss.

Die Prägung als Ballungsraum bedeutet ohne Zweifel aber auch mehr soziale Brennpunkte, mehr Anforderungen an Schule, an die Schaffung bezahlbarer Wohnungen, auch an Polizei und Gerichte und deutlich höhere Ausgaben für die Bewältigung des Verkehrsaufkommens als etwa im Allgäu, im Hunsrück oder der holsteinischen Schweiz. Dass die Opposition die deutlich höheren Kosten einer solchen Siedlungsstruktur unter den Tisch zu kehren versucht, mag man unfair finden, aber es nicht anders zu erwarten. Dass veritable Wissenschaftsinstitute das ausblenden, gibt da schon eher zu denken. (Wie viel mussten z.B. SH, MV, BB, TH, ST, RP, SL in den U-Bahnbau investieren?)

Auch die Ballungsrandzonen sind in vielem anders als der klassische ländliche Raum in anderen Flächenländern. Der wiederum hält in Nordrhein-Westfalen dem Vergleich mit den ländlichen Räumen anderswo in Deutschland mühelos stand.

Unser Auftrag: Nordrhein-Westfalens besondere Stärken fördern und nicht kaputt sparen

Diese Landesregierung wird alles tun, um die unvergleichliche Mischung und die besonderen Stärken zu erhalten - aber auch die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen.

Das ist Gegenstand einer soliden Haushaltsplanung – und nicht pauschales Kürzen auf Teufel komm raus, das am Ende immer die Kleinen trifft und Weichen für die Zukunft falsch stellt.

Mit dem Kurs der Konsolidierung mit Augenmaß bleibt das klare Bekenntnis zum Haushaltsausgleich ab 2020 verbunden. Aber auch die klare Absage an einen Wettlauf unter völlig verschiedenen Voraussetzungen mit anderen Ländern, wer denn die schwarze Null als Trophäe am schnellsten erreicht.

Der Wettlauf um die schwarze Null ohne Rücksicht auf dringend nötige Investitionen ist kein Wert an sich. Es ist schon gar nicht verantwortungsbewusste Politik angesichts der notwendigen wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft nicht nur unseres Landes. In Zeiten niedrigster Zinsen Prioritäten falsch zu setzen und auf dringend notwendige Investitionen zu verzichten – das wäre wirklich ein Verschieben von Lasten in die Zukunft und auf die Folgegenerationen.

Investitionen in die Zukunft – das sind im Übrigen nicht nur die Ausgaben für Glasfaser, Asphalt und Beton. Es sind auch die Ausgaben für Bildung, für die Vereinbarung von Beruf und Familie, für Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In der Statistik ist das Konsum – ein Anachronismus, den die Opposition immer wieder gern zum Anlass nimmt, die klassische Investitionsquote als alleinigen Indikator für vorsorgende Politik zu propagieren und so zu tun, als sei Konsum gleichbedeutend mit verzichtbarem Luxus oder wirkungslosem „Verbrauch“ von Steuergeld.

Gegen die pauschale Forderung nach Kürzen und Streichen, ohne zu sagen wo - bei gleichzeitig unzähligen Forderungen nach Mehrausgaben an allen möglichen Stellen setzen wir einen verantwortungsvollen Kurs in der Haushaltspolitik. Wir nutzen die gute Einnahmesituation richtig ausbalanciert für beides: für den Abbau der Nettokreditaufnahme auf Null bis 2020 und für Investitionen in die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Der letzte Haushalt dieser Legislaturperiode - ein weiterer Schritt auf dem soliden Weg der Haushaltskonsolidierung

Der Haushaltsentwurf 2017, den ich Ihnen heute vorlege, ist der letzte Haushalt der laufenden Legislaturperiode. Es ist zugleich der siebte Haushalt dieser Landesregierung mit kontinuierlicher Konsolidierung trotz riesiger, teils schwer kalkulierbarer Herausforderungen.

Und es ist anders als von der Opposition seit langem geunkt, kein Wahlkampfhaushalt mit teuren Versprechen.

Ganz im Gegenteil, wir gehen unseren soliden Weg der Haushaltskonsolidierung geradlinig weiter. Das bedeutet insbesondere, dass die originären Einnahmen im Landeshaushalt eine höhere Steigerungsrate aufweisen als die Ausgaben. Einer Einnahmesteigerung von 3,7 Prozent steht eine Ausgabensteigerung von 3,3 Prozent gegenüber. Dementsprechend wird die Kreditaufnahme weiter sinken. Wir erwarten eine Zunahme der Steuereinnahmen als weitaus größte Einnahmeposition auf 54,6 Mrd. Euro, 1,9 Mrd. Euro mehr als 2016. Die übrigen Einnahmen werden voraussichtlich um 600 Mio. Euro auf dann 15,9 Mrd. Euro zulegen.

Die Gesamtausgaben im Haushalt 2017 steigen demgegenüber moderater um knapp 2,3 Mrd. Euro auf rd. 72,3 Mrd. Euro an. Die höchsten Veränderungsraten ergeben sich hier im Bereich des Personals mit 5 Prozent und im Bereich der Investitionen mit 5,8 Prozent.

Wer wie die Opposition den Konsolidierungserfolg gern mit dem Hinweis auf steigende Gesamtausgaben in Frage stellt, sollte nicht verschweigen, dass Länderhaushalte anders als der Etat des Bundes auch um die Beträge wachsen, die sie vom Bund in die Kommunen durchreichen. Dieses Ausgabenwachstum könnte deutlich höher ausfallen.

Konsolidierung durch Schwerpunktsetzung

Insbesondere investieren wir hierbei im nächsten Jahr:

- Fast 25 Mrd. Euro in die Stärkung der Kommunen – in absoluten Zahlen wie in Anteilen am Gesamthaushalt mehr als je zuvor, 2,4 Mrd. allein für Flüchtlingsaufgaben. Dazu wird der Kollege Ralf Jäger später noch detaillierter berichten.
- Gut 29 Mrd. Euro für Bildung, 40 Prozent des Gesamtetats von 72,3 Mrd. Euro
- Rund 4,2 Mrd. Euro für öffentliche Sicherheit.

In den sieben Jahren ihrer Regierungsverantwortung haben SPD und Bündnis90/Die Grünen insgesamt investiert:

- 200 Mrd. Euro in Bildung - (*CDU/FDP-Regierung: 95 Mrd. Euro*)
- 30 Mrd. Euro in Sicherheit und Ordnung sowie in 728 neue Stellen - (*CDU/FDP-Regierung: 16 Mrd. Euro*)
- 15 Mrd. Euro in den Kita-Ausbau – (*CDU/FDP-Regierung: 6 Mrd. Euro*)
- 1 Mrd. Euro in den Breitbandausbau
- 1 Mrd. Euro in die Inklusion

Wir konsolidieren:

- In den sieben Haushalten, die wir seit Amtsantritt vorgelegt haben, haben wir die Nettoneuverschuldung Schritt für Schritt um mehr als 75 Prozent gesenkt.
- Von jedem ausgegebenen Euro werden nur noch 2,5 Cent mit Krediten finanziert, bei Regierungsende von schwarz-gelb waren das noch 9,4 Cent. 2,5 Cent – das ist der geringste Soll-Ansatz der letzten Jahrzehnte.

Wir sparen, aber nicht durch blindes Kürzen und Streichen:

Indem wir den Einnahmenanstieg unter Verzicht auf manche wünschenswerten und von vielen geforderten Mehrausgaben für die Senkung der Nettokreditaufnahme einsetzen.

Im kommenden Jahr veranschlagt die Landesregierung eine Kreditaufnahme von 1,6 Mrd. Euro – nach 1,8 Mrd. für 2016.

Ja, wir haben gegenüber 2010 Steuermehreinnahmen im Umfang von 17,8 Mrd. Euro und ja, wir haben geringere Zinsausgaben in Höhe von 1,8 Mrd. Euro. Wenn wir davon nur die durch Besoldungs- und Tariferhöhungen deutlich gestiegenen Personalkosten (5,8 Mrd. Euro) und die kommunalen Zuweisungen (10,1 Mrd. Euro) abziehen, stehen Haushaltsverbesserungen von 19,6 Mrd. Euro Mehrausgaben von 15,9 Mrd. Euro allein bei den beiden genannten Positionen gegenüber.

Zuzüglich der seit 2014 um netto rund drei Milliarden Euro angestiegenen Flüchtlingsausgaben hätte gerade einmal gut eine

halbe Milliarde für die Senkung der Kreditaufnahme zur Verfügung gestanden. Wir haben die geplante Neuverschuldung aber seit 2010 um 5 Mrd. Euro gesenkt.

Zuwanderung: Chancen nutzen, Fehler vermeiden!

Wir stünden noch besser da, wenn der Bund gemäß seiner gesamtstaatlichen Verantwortung die Hälfte der Ausgaben tragen würde. Dann könnten wir die Nettoneuverschuldung schon in 2017 auf nahe null bringen. 2017 beteiligt sich der Bund an den flüchtlingsbedingten Ausgaben des Landes gerade einmal mit 24 Prozent.

Die allein auf den Bundeshaushalt fixierte Sichtweise des Bundesfinanzministers ohne Bereitschaft, auf das gesamtstaatlich Notwendige zu achten, quält allerdings nicht nur das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen, sondern auch die anderen Länder.

Auch wenn der akute Zuzug von Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung in unser Land fliehen, gegenwärtig deutlich rückläufig ist, so bedeutet das nicht, dass die Herausforderungen kleiner werden. Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt.

Jetzt sind wir gefragt, die Menschen, die bei uns Schutz suchen, zu integrieren: sie auszubilden, ihnen angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und ihnen zu helfen, einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft zu finden. Das nutzt uns allen. In der Diktion der Haushaltsrechnung ist das übrigens fast alles Konsum!

Deshalb planen wir auch im Jahr 2017 mit flüchtlingsbedingten Ausgaben in Höhe von 4,2 Mrd. Euro.

Genau wie 2016 überweisen wir an die Kommunen mehr als das Doppelte dessen, was wir vom Bund bekommen - und zwar dann, wenn die mit dem Bund für die Entlastung der Länder vereinbarte Integrationspauschale auch ihrer Bestimmung entsprechend eingesetzt wird!

Anrede,

4,2 Milliarden für Flüchtlinge – das ist eine sehr verkürzte Darstellung, die mancherlei Missverständnis verursachen kann. Denn der allergrößte Teil dieser Ausgaben gelangt nicht in die Hände der Zuwanderer, sondern besteht aus Gehältern für Lehrer, Polizisten und Mitarbeiter der Justiz, aus Mietzahlungen für Unterkünfte und Verpflegung und Versorgung der Menschen. Das ist ganz nebenbei ein immenses Konjunkturprogramm, das auch zu den Steuermehreinnahmen beiträgt. Manch ein Kritiker der Flüchtlingspolitik ist sich gar nicht bewusst, dass sein Einkommen erheblich von der Flüchtlingshilfe abhängt.

Wir behalten die Zukunft des ganzen Landes im Blick

Auch unabhängig davon werden wir in diesem Haushalt 2017 unsere Anstrengungen in den Kernbereichen unserer Politik weiter vorantreiben.

Weit oben auf unserer Prioritätenliste steht wie bereits in den vergangenen Jahren das Thema **Bildung**. Dort investieren wir auch weiterhin viel Geld und nehmen dafür allein in 2017 gut 29 Mrd. Euro in die Hand. Gute Bildung hilft dabei, Wachstumspotentiale zu steigern und Reparaturkosten – vor allem im sozialen Bereich – zu vermeiden.

Zum Kindergartenjahr 2017/2018 rechnen wir im U3-Bereich mit rund 13.000 zusätzlichen Plätzen. Insgesamt sind es dann rund 190.000 Plätze. Das sind mehr als doppelt so viele Betreuungsplätze wie 2010.

Gleiches gilt für die Bereiche der Schul- und Weiterbildung. Die Mehrausgaben belaufen sich im Vergleich zum Vorjahr auf rund 500 Mio. Euro. Damit werden unter anderem 1.767 zusätzliche Lehrerstellen finanziert, die vor allem für Verbesserungen bei der Inklusion sorgen werden. Dadurch werden 2.550 zusätzliche Plätze bei den Offenen Ganztagschulen im Primarbereich gewonnen.

Zusammen mit der NRW.BANK werden wir ein kommunales Investitionsprogramm „**Gute Schule 2020**“ auf den Weg bringen. Damit versetzen wir unsere Städte und Gemeinden in die Lage, in den kommenden vier Jahren insgesamt 2 Mrd. Euro in die Schulinfrastruktur zu investieren.

Ein weiteres Kernanliegen dieser Landesregierung ist die Verbesserung der **öffentlichen Sicherheit** und Ordnung. Dafür sind im Haushaltsplan knapp 4,2 Mrd. Euro vorgesehen, rund 375 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Neben umfangreichen Investitionen in eine verbesserte Ausstattung und Ausrüstung der **Polizei** geht es um die spürbare Anhebung der Polizeistärke, die langfristig bei 41.000 Stellen liegen soll.

Anrede,

Stärken werden wir auch die **Finanzverwaltung** inklusive ihrer IT-Kapazitäten. Dafür haben wir die Einstellung von 250 Finanzanwärtinnen und Finanzanwärtlern genehmigt.

Anrede,

ein weiterer investiver Schwerpunkt ist die Verbesserung der **Infrastruktur**. Ein gutes Straßennetz ist ein wichtiger Wohn- und Wirtschaftsfaktor, der einen erheblichen Einfluss auf den Wohlstand und die Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen hat.

Bei den Investitionen in den Landesstraßenbau ist die Instandhaltung der Landesstraßen unser vorrangiges Ziel. Entsprechend dem Grundsatz „Erhaltung vor Neubau“ stehen zur Substanzerhaltung des etwa 13.100 Km umfassenden Landestraßennetzes inklusive seiner Brücken Landesmittel von rund 118 Mio. Euro zur Verfügung.

Darüber hinaus hat sich der Kollege Mike Groschek auch auf Bundesebene erfolgreich für eine Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt. Allein aus dem Bedarfsplan für Bundesfernstraßen werden bis 2030 über 13 Mrd. Euro bis 2030 nach NRW fließen. NRW erhält von den Mitteln zur Beseitigung von Staustellen einen Anteil von fast 38 Prozent.

Auch zukünftig werden wir uns dafür einsetzen, dass wir als Drehkreuz Europas angemessen bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beteiligt werden.

Für die **Digitalisierung** stellt die Landesregierung in den Jahren 2016 bis 2018 350 Mio. Euro zur Verfügung. Zusätzlich zu diesen Mitteln stehen noch einmal Bundesmittel in gleicher Höhe, EFRE-Mittel und die Erlöse aus den Frequenzversteigerungen zur Verfügung, sodass bis zu 1 Mrd. Euro für diese wegweisende Technik bereit stehen. Allein 2017 haben wir im Haushalt Maßnahmen im Umfang von 162 Mio. Euro eingeplant. Schon jetzt liegen wir an der Spitze, was den Zugang zu Anschlüssen mit 50 Mbit/s und mehr betrifft.

Gerechte und nachhaltige Steuerpolitik im Bund - wichtiger Baustein für stabile Landes- und Kommunalhaushalte

Anrede,

lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen zur **Steuerpolitik** machen, an der NRW auf Bundesebene sich aktiv beteiligt und die für die Finanzplanung von Ländern und Gemeinden nicht unbedeutend ist. Wir sind – das wird selbst die Opposition nicht bestreiten – Vorreiter, wenn es um mehr Steuergerechtigkeit in unserem Land geht. Es kann nicht sein, dass multinationale Konzerne ihre Gewinne ungehindert in Dumpingsteuer-Länder verschieben dürfen. Das ist auch deshalb zutiefst ungerecht, weil damit eine eklatante Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der großen Mehrheit unserer Unternehmen verbunden ist, die sich an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen, weil sie wissen, dass nur so die Voraussetzungen für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg zu sichern sind.

Angesichts der Riesenherausforderungen bei Infrastruktursanierung, Digitalisierung, Bildung und Sicherheit ist es allerdings heuchlerisch, den Menschen vorzugaukeln, dass das mit weniger staatlichen Ausgaben zu machen wäre.

Konjunkturrell bedingte Rekordergebnisse sind keine geeignete Grundlage für systematische Steuersenkungen. Sonst müsste im Umkehrschluss gelten, dass eine nachlassende Konjunktur und steigende Zinssätze zu Steuererhöhungen führen müssten. Das wäre keine gute Idee.

Die durchaus wünschenswerte weitere Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ist unter zwei Voraussetzungen machbar:

1. Wenn sie klar und unmissverständlich auf die Kleinen und Mittleren beschränkt – und dabei insbesondere auf die fokussiert wird, die Kinder betreuen und erziehen, und
2. Wenn der damit verbundene Einnahmenausfall solide gegenfinanziert ist. Es kann nicht sein, dass sich Herr Schäuble für Steuergeschenke feiern lässt, von jeder Milliarde Einnahmenverzicht aber rund die Hälfte Länder- und Kommunalhaushalte treffen. Das wären etwa 60 Millionen weniger für unseren Landeshaushalt und rund 45 Millionen Euro weniger für die NRW-Kommunen.

Die Gegenfinanzierung kann nicht aus den zeitlich beschränkt konjunkturrell „sprudelnden“ Einnahmen kommen. Die gehören in die Investitionen. Die Gegenfinanzierung muss aus den seit Jahren „verstopften“ Steuerquellen der Starbucks, Apples und Googles und auch deutscher Konzerne kommen.

Die machen mit der Kaufkraft hierzulande Geschäfte, drücken sich aber vor der finanziellen Beteiligung. Deshalb treten wir dafür ein, dass Gewinne nicht mehr durch überhöhte Lizenzgebühren oder Darlehenszinsen einer Konzern-Holding in Steueroasen verschoben werden können.

Sichere Zukunft braucht einen handlungsfähigen und keinen geschwächten Staat

Die Aufgaben werden nicht weniger, sie werden in vielen Bereichen größer und mehr. Deshalb erhöhen wir mit diesem Haushalt 2017 auch die Stellenzahl um 2.661 in den Bereichen Bildung, Polizei und Justiz. Es ist ja schon bemerkenswert, dass die Opposition nach Jahren der pauschalen Forderung nach Personalabbau im fünfstelligen Bereich in letzter Zeit vor allem durch Rufe nach Aufstockung auffällt – ironischer Weise in Bereichen, in denen sie mit falscher Rotstiftpolitik zu manchem heutigen Defizit beigetragen hat.

Wir haben seit 2010 das Personal um 11.008 Stellen aufgestockt. Unter anderem 1.500 Polizeibeamte, 1.300 Justizbeamte und 6.200 Lehrerinnen und Lehrer. Zusätzlich haben wir auch die zur Aufgabenerledigung erforderlichen Finanzmittel deutlich aufgestockt.

Obwohl wir all diese Anstrengungen unternehmen, setzen wir zugleich den Pfad der Konsolidierung fort, weil wir konjunkturbedingte Mehreinnahmen nutzen und keine Steuergeschenke versprechen, die für fünf Euro mehr in der Tasche sorgen, aber dafür dringend notwendigen Ausgaben die Grundlage entziehen. Darin wissen wir die große Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hinter uns.

Lassen Sie uns in den Haushaltsberatungen der nächsten Wochen hart, aber fair um den richtigen Weg für unser Land ringen. Aber lassen Sie uns bei allem heraufziehenden Wahlkampfgetöse die Stärken unseres Landes, seine Lebensqualität und die Einsatzbereitschaft der Menschen nicht zerreden.

Vielen Dank